

Besuchsgeld
Wiederholung für Besuch
bei täglich geleisteter
Arbeit und Dienstzeit
nur einmal 2,50 M.
durch aufwendiges Kom-
muniplikat. Bei
einer täglichen Zeit-
stellung durch die Zeit-
stellung 2,50 M. (abzüglich).
Die von Seiten von
Dienstleistern u. Dienstleistung
an Tage vorher ver-
öffentlichten Dienst-
zeiten enthalten die aus-
gewählten Zeiten mit
der Morgen- und Nach-
zeit abgedeckt.
Rücktritt nur mit deut-
licher Ausdrucksweise
erlaubt. — Wiederholungs-
Geldstrafe werden
nicht aufgezehrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

Für Feinschmecker
Dreiring- Fondant-Chocolade
LOBECK & Co Rahm-Chocolade per Tafel 50 d
Bitter-Chocolade Cacao per ½ Kg. Dose 2.00 M.
Dessert per Carton 2.3 u. 5 M.

Anzeigen-Zarif
Anzeigen bis Minde-
stens 3 Mdr. Sonntag nur
Sonderdruck. 25 Mdr.
11 Mdr. 1/2 Mdr. Die
einzelne Gravur (10 d. Bilden) 25 Mdr.
Gesammt-Bedruckt
mit Dresden 20 Mdr.
Gesetzliche Anzeigen auf
der Privatseite 20 Mdr.
20 Mdr.; die geschäftige
Seite a. Telefon 6019.
— Ein Nummern nach
Sonn. u. Feiertagen
ab 10 Mdr. — Ein
Zeitung 20 Mdr. Ein Gravur-
teil 40 Mdr. Einzelne
Bedruckte a. Dresden
bis 25 Mdr. —
Zusätzliche Aufträge
nur gegen Zusatzbe-
zahlung. — Drei Be-
legblätter fahne 10 Mdr.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 28/40.

Gegen übel Mundgeruch

und alle Fruhlinsreger i. Munde u. zwisch. d. Zähnen **Chlorodont-Zahn-Paste** nach Dr. Unna u. Montab. I. prakt. Dermat. 1893. Bd. 75 Plg., h. Elsmeier v. 99 Flg. Dr. Dr. in Dresden: Löwen-Apotheke, Altm., Herrn-Roch., Altm. 5, w. d. gross. Dr. u. Parfum. Firma: G. Baumann, Prager Str. 40, G. Baumann, König-Joh.-Str. 9, Blomeb., Hoff., Wilsche, Str. 36, Dr. Beck, Bismarckstr. 6, Gossau & Hochnek, Waisenbausser, 23, G. Hantschel, Striebeck, 2, F. Wollmann, Hauptstr. 22.

Bruchbänder und Leibbinden

Für eisige Leser.

Marmatische Bitterung: Heiter, jedoch unbefriedigend.
Das Berliner Kleine Theater hatte mit Molniars Spiel „Der Leibgardist“ im Königl. Schauspielhaus einen sehr freundlichen Erfolg.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat die von der Fortschrittlichen Volkspartei gestellten Wahlrechtsanträge abgelehnt.

Bei der Wettfahrt von Kiel nach Eckernförde ging die Jacht „Gollo“ als erste durchs Ziel; die Kaiserjacht „Meteor“ wurde dritte.

Die türkische Studienkommission ist von Posen nach Kiel abgereist.

Die von französischen Truppen besiegte deutsche Besetzung in Casablanca ist jetzt wieder freigegeben worden.

Ein spanischer Kreuzer hat neue Transporte in Tarragona gelandet.

Es verlautet, dass Ministerpräsident Stolypin dem nächst zurücktreten werde.

Ein gemeinsamer Schritt der Mächte bei der Porte der albanischen Frage soll unmittelbar bevorstehen.

Reichstagspräsident und Reichstagswahlen.

Der Reichstagsabgeordnete für Anklam-Temmin hat in einem pommerschen Landstädtchen vor seinen Bürgern gesprochen, aber gleichzeitig hat der Präsident des Deutschen Reichstages gesprochen, und das, im Verein mit der Tendenz seiner Ausführungen, stempt die Rede zu einem bedeutsamen politischen Ereignis. Daß sie nicht bloß für den kleinen Kreis der in jener Wählerversammlung Anwesenden bestimmt war, lassen vor allem die allgemein gehaltenen Ausführungen über die Stichwahlpolitik der konservativen Partei erkennen. Mit seiner Aforderung, dass in den Stichwahlkämpfen des nächsten Jahres die konservativen Wähler lieber „auch den schlimmsten bürgerlichen Demokraten“ als einen Sozialdemokraten unterstützen hätten, hat Graf von Schwerin sich in Widerspruch gebracht zu der in dem führenden Organ der preußischen Konservativen und in der Presse des Bundes der Landwirte vertretenen Aussage, die dahin geht, daß direkte Bundesgenossen der Sozialdemokratie genau wie diese selbst zu bekämpfen seien. In diesem Sinne sind denn auch jünglich Proteste erfolgt; seitens der Parteileitung ist erklärt worden, daß die Entscheidung über die in den einzelnen Wahlkreisen zu beobachtende Stellung zur Stichwahl lediglich von sozialen Gründen des konservativen Parteinteresses abhängig zu machen sei. Auf der einen Seite also der eng und fest begrenzte Umkreis der Parteinteressen, auf der anderen Seite Rücknahme auf die politische Gesamtlage und demgemäß Neigung zu gewissen, fraglos nicht leichten Herzogen empfohlenen Bündnissen. Scheinen in der Regel Bündnisse Schwäche und Unsicherheit zu verraten, so handelt es sich in diesem Falle um eine Ausnahme, die die Regel bestätigt. Die Deutschenkonservativen haben gegen die bürgerliche Linke mit Recht Vorwürfe erhoben, weil sie bei der Finanzreform des Jahres 1900, als sie ihre eigenen Aforderungen nicht durchsetzen vermochte, eine Politik ab irato getrieben hat und noch treibt. Dem gleichen Vorwurf würde sich die konservative Partei bis zu einem gewissen Grade aussetzen, wenn sie ihre Taktik im bevorstehenden Wahlkampf nach dem Vergeltungsprinzip einzrichten wollte. So selbstverständlich es ist, daß man einen politischen Gegner, gegen den sich im parlamentarischen Kampf Hass und Erbitterung aufgesammelt hat, im Wahlkampf zu treffen und zu schlagen sucht, ein bekannter, weitaußschauender Politiker wird sich durch die Weisheit eines noch so sehr berechtigten Empfindens und Verlangens so weit nicht fortreken lassen, daß er über dem Augenblickserfolg, den er vielleicht ergibt, die Zukunft und die großen Probleme, die sie unweigerlich bringen muss, aus den Augen verliert.

Vor dieser Gefahr einer Überhäufung der Gegenwart auf Kosten der Zukunft hat Graf von Schwerin warnen wollen. Für ihn ist die allerdringendste Aufgabe der Kampf gegen die Sozialdemokratie. Die preußischen Konservativen denken nicht anders. Aber ist es Bestätigung dieser Überzeugung, ist es zweckmäßige Umsetzung des unbedingt staatsverhaltenden Programms in

Wettin-Gartenschläuche
sind die besten.
Gummi- und Asbest-Compagnie
Reinhard Stiehler & Böttger
Telefon L. 1261. Wettinerstr. 8, nächst dem Zoo.

sowie alle sonstigen
Bandagen u. Artikel zur
Krankenpflege empfiehlt

Carl Wendschuchs
Etablissement

Glaswaren

jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfohlen in reichhaltiger Auswahl.
Wilh. Rühl & Sohn, Inh. Richard Rühl, Königl. Sch. Hoflieferant, Neumarkt 11. Fernsprecher 4277. Weissenhausstr. 18.

Struvestrasse 11.

die Praxis, wenn sie eine Taktik beobachten wollen, die schließlich, wie man sie auch betrachten mag, der Sozialdemokratie Vorteile bringen muß? Das Parteinteresse, von dem die konervative Parteileitung spricht, kann in einer Stichwahl Vorteilhaftung verlangen. In diesem Falle würde der Sieg eines sozialdemokratischen Landtags mindestens nicht verhindert, vielleicht sogar gefördert. Der erste Führer der Sozialdemokratie hat in Hamburg die Parole ausgegeben, daß es gelte, in erster Linie die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen zu vermehren. Das Verhältnis zwischen bürgerlichen und sozialdemokratischen Wählerstimmen wird wahrscheinlich nicht günstiger, wenn sich konservative Wähler in den Stichwahlen der Stimme enthalten. Und warum soll die konservative Partei den Vorteil aus der Hand geben, der sich bei der Beteiligung an Stichwahlen zwischen Freiheit und Sozialdemokratie auch für ihr eigenes Parteiinteresse bietet? Wohl hat sich im Linksliberalismus der Glanz einigen — und aus dem Glanz in nicht selten eine dreist und drohend erhobene Forderung geworden —, daß die Konservativen schon durch das staatsverhaltende Programm, zu dem sie sich bekennen, verpflichtet wären, einen Vertreter der bürgerlichen Linke unter allen Umständen zu unterstützen. Dieser Glanz läßt sich zerhören, auch ohne daß man bei den Stichwahlen der Entscheidung aus dem Wege geht und damit das bedenkliche und, wie sich zeigt, gefährliche Beispiel des Hansabundes nachahmt, ohne daß man der Mahnung, die der Kaiser an das Symbol des „Gemeindeknüppels“ geknüpft haben soll, ungehorcht wird. Wir leben nun einmal in einer Zeit der Kompromisse. Wäre es etwas Ungehörliches, wenn auch die Konservativen, wie es alle anderen Parteien ausnahmslos tun und oft getan haben, auch ihrerseits in den Stichwahlen die Kraft und den Einfluß, über die sie verfügen, so gut als möglich zu verwerten und auf die Weise ihren Parteinteressen zu dienen, ihrem Programm, soweit nach den gegebenen Umständen möglich, Geltung zu verschaffen suchen? Damit wäre wenigstens die Möglichkeit gegeben, auf diejenigen Parteigruppen und Parteirichtungen einzuschicken, die im Begriff stehen, sich als Bündesgenossen der Sozialdemokratie zu etablieren, die schwerlich zurückkönnen, wenn sie sich einmal diesen Weg so weit beschritten haben, wie die Sozialdemokratie es wünscht. Tatloses Absitzen der Konservativen, das herartige Perspektiven eröffnet, könnte obendrein gleichbedeutend werden mit dem Eingeständnis einer Niederslage, könnte wenigstens auf der Seite der Gegenpartei gedeutet werden.

Und die moralischen Wirkungen einer solchen Taktik? Bisher hat niemand gegen die Konservativen den Vorwurf erhoben können, daß sie in einsetzenden harren Parteidiktat unschuldig seien. Um nur an Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit zu erinnern: beim preußischen Erneuerungsgefecht, beim Streit um die Ausdehnung der Reichsverbrauchsteuer auf Kinder und Ehegatten, in den schweren Kämpfen um die reichsländische Verfassungsreform, bei der Entscheidung über das Feuerbekämpfungsgefecht, bei der Reichsversicherungsordnung, immer und überall hat die konservative Partei ihren Abgeordneten und Angehörigen volle Freiheit der Entschließung gelassen. Immer und überall hat sie, unbeschadet der grundsätzlichen Stellungnahme, die hohen nationalen Gesichtspunkte, die die Interessen des deutschen Volkes vorangestellt, die nichts für den konservativen Staatsgedanken bestimmend und leitend gewesen sind. Und mit diesem bewußt, zum Heile des Vaterlandes angewandten Grundsatze soll jetzt gebrochen werden? Nun mehr soll der Parteidiktat aus über die legte, von ihm bisher noch verlorent gebliebene Partei Macht gewinnen? Das sollte geschehen in einer Zeit, wo die wirtschaftspolitischen Gegenläufe gellentlich mit besonderer Schärfe hervorgekehrt werden, wo es einer Vermittelnden, den natürlichen Zusammenhang und die gemeinsamen Interessen betonenden Partei mehr als je bedarf! Konservativer Parteidiktat, einseitige Hervorhebung der Parteidinteressen — den im Hansekombinat vertretenen Parteien und Wirtschaftsgruppen und ebenso der Sozialdemokratie, die selbst ein krach-einseitiges Klasseninteresse vertritt, könnte nichts erwünschter kommen.

In den schweren Kämpfen, die uns bevorstehen, werden auch die preußischen Konservativen, obwohl sie über ziemlich sicheren Beistand verfügen, des Beistandes anderer Parteien nicht ganz entzogen können; sie werden ihrerseits Beistand nicht versagen dürfen, wenn die Möglichkeit gegeben ist, daß Bürgertum vor Mandatsverlusten zu bewahren. Der Präsident des Deutschen Reichstages steht mit der Mahnung, die Verbindung mit dem Liberalis-

mus ihrem staatsverhaltenden Werke nach einzuschäben und zu pflegen, nicht allein. Der Führer der preußischen Konservativen im Herrenhaus, Graf v. Mirbach, hat erstmals wieder in einem vielbedeuten Artikel betont, daß die Bemühungen und Ziele der liberalen Parteien bis in die Nächte der äußersten Rechten Verständnis und Würdigung finden. Damit beruft sich eng die Neuerung des Reichstagspräsidenten, die deutlich genug das Zentrum, weil es durch ein außerordentliches Bindemittel, nämlich lediglich durch die Rücksicht auf die Interessen der römisch-katholischen Kirche zusammengehalten wird, als ein Gebilde brandmarkt, das unserem Vaterlande sehr viel mehr schadet als nützt: vor allem dadurch, daß es in das Belieben einer in ihrem äußerst heterogenen Bestandteilen nur durch das gemeinsame konstitutionelle Moment zusammengehaltenen Partei gehört ist, entweder den Konservatismus oder den Liberalismus oder den Radikalismus im Deutschen Reich zur Geltung zu bringen. Kein anderer Staat kennt auch nur annähernd ein solches Maß der Abhängigkeit von Einflüssen, gegen die er, weil sie außerhalb seines Gebietes ihren Ursprung und Mittelpunkt haben, so gut wie machtlos ist.

Die bestimzte Erklärung des Präsidenten des Deutschen Reichstags, daß irgend eine über die Finanzreform von 1900 hinausgehende Verbindung der Konservativen mit dem Zentrum nicht besteht, hat die Vorstellung von einer fortdauernden Gemeinschaft der Konservativen mit der durch ein außerordentliches Bindemittel zusammengehaltenen Partei endgültig zerstört. Wobei — das wird mit ihm jeder deutsche Patriot wünschen — sein gleichzeitig erhabener Mahnruf zu geschlossener Frontbildung gegen die Sozialdemokratie im konservativen wie im liberalen Lager gehört und beachtet werden und so die nationale Arbeitsgemeinschaft aufzubauen helfen, die allein unserem Vaterland eine gedeihliche Zukunft verhüren kann.

Der konervative „Reichsbote“ schreibt ganz im Sinne der vorliegenden Ausführungen: „Wir sind der Meinung, daß es gerade jetzt von großer Bedeutung ist, daß die konservative Partei ihre staatsverhaltende Prinzipientreue unter allen Umständen erweist, deshalb in seinem Falle einem Sozialdemokraten zum Eintritt in das Parlament verhelft und es den Freiheiten auf das Gewissen legt, wenn sie durch die Hilfe der Konservativen über den Sozialdemokraten besiegt haben. Wenn diese unsere Meinung auch einen dogmatischen Antheil hat, so müssen wir darauf hinweisen, daß in unserer Zeit, wo alle staatsverhaltenden Grundätze ins Banken gekommen sind, und alles auf den parteidienstlichen Opportunismus gestellt ist, es für die Konservativen keine größere politische Aufgabe geben kann, als ohne opportunistisches Schwanken die Wahrheit der staatsverhaltenden Grundätze und Anschauungen über das alles unterminierende Parteidreiben zu stabilisieren. Alle Welt weiß, ein wie schweres Opfer es für konservative Männer ist, einem freiwiligen Bundesgenossen der Sozialdemokratie in der Stichwahl zum Siege zu verhelfen, das aber trotzdem unsere staatsverhaltende Prinzipientreue uns zwingt, dem Freiheitlichen, der noch ganz im Lager der Linksburgarde steht, zum Siege zu verhelfen. Wenn wir das in solchem Falle öffentlich erklären, so kann das nicht ohne imponierenden günstigen Eindruck für die konservative Partei bleiben, und die Freiheiten werden sich dann bilden, in frivoler Weise von unserer staatsverhaltenden Prinzipientreue zu reden.“

erner haben die Konservativen im Wahlkreis Potsdam-Osthaveland sich dem Standpunkt des Reichstagspräsidenten angelehnt. Sie begründen ihre Stellungnahme wie folgt: „Angesichts der beindirekten Verhältnisse unseres Wahlkreises, der den Lieblingsansässen des Kaiserhauses umschließt, hält der hierige Neue Wahlverein unabdingbar an der von seinem Vorstand ausgegebenen Parole fest, unter allen Umständen die Wahl des Sozialdemokraten Liebknecht zu verhindern und zu diesem Zweck auch in der wahrscheinlichen Stichwahl geschlossen zur Abgabe eines bürglichen Stimmzettels zur Wahlurne zu gehen.“

Neueste Drahtmeldungen

vom 27. Juni.

Wahlrechtsdebatten im preußischen Abgeordnetenhaus.

Berlin. (Prin.-Tel.) Im Abgeordnetenhaus wurde noch Annahme des Abwehrbandgesetzes über den Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei verhandelt, der noch für diese Sitzung eine Wahlrechtsreform mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht und eine neue Wahlkreiseinteilung fordert. Vor Eintritt in diese Beratung verließen der Minister v. Dallwig und die übrigen Regierungsvertreter den Saal, wie dies bei Be-

Schrift für die Zeit von